

Wieviel Ankreuzalternativen sollen Eltern erhalten?

IGS-Befragung führt im Schulausschuss zu Schlagabtausch / CDU auf Gegenkurs

Von Michael Mix

ACHIM • Wieviel Ankreuzmöglichkeiten sollen Eltern bei der Befragung der Stadt Achim zum Interesse an einer Integrierten Gesamtschule (IGS) vor Ort erhalten? Darüber entbrannte in der Sitzung des Schulausschusses des Stadtrats am Donnerstagabend heftiger Streit. Während die IGS-Befürworter von SPD, Grünen und WGA für nur zwei Wahlalternativen – Anmeldetendenz zur IGS oder „an einer anderen Schule“ – eintraten, wollte die CDU sämtliche Schultypen und die IGS dabei an sechster und letzter Stelle aufgelistet haben.

Alle Achimer Eltern, deren Kinder im kommenden Schuljahr die ersten, zweiten und dritten Grundschulklassen besuchen oder aber deren Nachwuchs im August ins letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung startet, bekommen jetzt den Fragebogen „mit umfangreichem Begleittext“, informierte Wiltrud Ysker, Leiterin des Sozialfachbereichs bei der Stadtverwaltung. Darin finden die Empfänger auch eine Übersicht über die Informationsveranstaltungen zum Thema IGS. Der Auftakt mit Professor Matthias von Saldern von der Universität Lüneburg ist für Donnerstag, 23. Mai, 19 Uhr, in der Aula des Cato-Bontjes-van-Beek-Gymnasiums anberaumt.

Die zumindest politisch für reichlich Zündstoff sorgende Kernfrage jedoch ist: Wo würden die Erziehungsberechtigten ihr Kind nach Beendigung der Grundschulzeit „voraussichtlich

anmelden“? Der von der Verwaltung ausgearbeitete Bogen enthielt zwei Ankreuzfelder: „an einer IGS in Achim“ und „an einer anderen Schule (zum Beispiel an einem Gymnasium in Achim oder der Realschule in Achim)“.

Die CDU-Fraktion zeigte sich damit nicht einverstanden und legte ein Papier mit sechs Antwortmöglichkeiten vor. Ganz oben steht da: Hauptschule (Achim oder bei deren Wegfall Verden), darunter dann: Realschule, Gymnasium, „Oberschule (Ottersberg, Langwedel, Kirchlinteln oder Dörverden)“, „Oberschule mit gymnasialem Angebot (The dinghausen)“ und ganz unten ein Ankreuzfeld für eine IGS in Achim.

Alle weiterführenden Schulformen, auch die, die in Achim nicht vertreten sind, müssten aufgelistet werden, unterstrich Rainer Ditzfeld (CDU). Was im Ausschuss erheblichen Widerspruch hervorrief.

Dadurch könnten Achimer Schüler in Nachbarorte abwandern, warnte Lars Gagelmann (WGA). Die zwei Antwortmöglichkeiten reichten vollkommen aus, meinten Sozialdemokraten, Grüne und Lehrervertreter Dominik Lerdon. „Die breite CDU-Auflistung könnte Eltern verwirren und zu vielen Nachfragen zu den einzelnen Schulformen führen“, wandte Bürgermeister Uwe Kellner ein.

Der Ton wurde zunehmend gereizter. Ditzfeld giftete, ob Lerdon denn die Lehrerinteressen im Ausschuss verfolge oder aber „als potenzieller IGS-Leiter“

auftrete. „Die Befürworter haben wohl Angst, dass die Leute die IGS nicht anwählen“, legte Parteifreund Rüdiger Dürr nach. Im Übrigen hätten SPD, Grüne und WGA die Befragung selbst durchführen müssen und diese Aufgabe nicht der Stadt, die darauf auch noch überhastet reagiert habe, aufbürden dürfen.

Der Bürgermeister, parteilos, schüttelte den Kopf. Die Verwaltung habe von der Politik klar den Auftrag erhalten, den Elternwillen in dieser Frage zu erkunden. „Es ist selten“, merkte Kellner noch süffisant an, „dass wir Kritik kriegen, wenn wir schnell arbeiten.“

Ditzfeld beklagte wiederholt, dass im März eine Schulausschusssitzung, in der Inhaltliches zu einer IGS-Gründung erörtert werden sollte, von der Stadt kurzfristig abgesetzt worden sei. Auch Gagelmann fand das „nicht korrekt“.

Gabriele Sommer (Grüne) warf der CDU daraufhin eine „formalistische Haltung“ vor. Die Sitzung sei ausgefallen, weil zu dem Termin der eingeladene Vertreter der Landesschulbehörde verhindert gewesen sei.

Ditzfeld ließ nicht locker. In Achim dürfe es nicht so laufen wie in Oyten. Dort seien zur Einrichtung einer IGS am dortigen Schulzentrum weit über 2 000 Eltern befragt worden, von denen nur knapp die Hälfte geantwortet habe. „Und davon war dann eine knappe Mehrheit für die IGS.“

Die CDU vermittele den Eindruck, dass sie keine Eltern-, sondern eine Bürgerbefragung zur IGS anstrebe,

erwiderte Axel Eggers (Grüne). Aber darum gehe es doch nicht.

Die Schulbehörde schreibe mindestens vier Klassen pro Jahrgang vor. Die Stadt müsse daher mittels Befragung nachweisen, dass zwischen 96 und 119 Kindern pro Jahrgang auf die IGS geschickt werden sollen, erläuterte Kellner.

Das Ziel der politischen Mehrheit im Stadtrat, bereits im Sommer 2014 in Achim eine IGS zu haben, sei illusorisch, befand Dürr. Lehrpläne auszuarbeiten und ein Team zusammenzustellen, benötige Zeit. Das eingeschlagene Tempo finde auch der Stadtelternrat bedenklich, bekundete deren Vertreter Enno Lork.

Achim könne nicht in 13 oder 14 Monaten schaffen, wofür Oyten drei Jahre gebraucht habe, meinte Rainer Ditzfeld und beantragte, mit einem etwaigen IGS-Betrieb in der Hauptschule nicht vor 2015 zu beginnen. Diesem Vorstoß stehe ein Ratsbeschluss entgegen, fuhr Kellner dazwischen.

Schließlich schlug Sommer vor, die Zwei-Kreuz-Lösung leicht zu modifizieren. Die Klammer beim Antwortfeld „an einer anderen Schule“ solle auch die Hauptschule, Oberschule „und andere weiterführende Schulen“ enthalten.

Dafür stimmten die CDU, die Grünen, Ausschussvorsitzende Anne Quillfeldt (SPD) und Lork. Dagegen waren die Sozialdemokratinnen Paula Kramann und Tanja Tarnowsky-Hoppmann. Gagelmann und Lerdon enthielten sich der Stimme.